

„Das Volk“ und „Die da oben“ **Misstrauen und Entfremdung in Europa**

Julie Hamann

Gegen „das System“, die „Elite“ und „Die da oben“: Selten trat in Europa eine gesellschaftliche Spaltung zwischen Politik und Teilen der Bevölkerung so offen wie derzeit zutage. Euroskeptische und populistische Parteien befinden sich im Aufwind, indem sie Politik emotionalisieren und mit Ängsten und Misstrauen Wähler erreichen. Die EU, durch zahlreiche Krisen ohnehin schon geschwächt, verliert so noch weiter an Zusammenhalt, Legitimität und Handlungsfähigkeit. Der Vertrauensverlust in die Politik äußert sich durch eine sinkende Wahlbeteiligung und den Rückgang des Engagements in den großen Parteien, gleichzeitig in einer neuen Form der Beteiligung an Protestbewegungen oder in neuen Parteien, die sich durch Wahlen etablieren. Oftmals übertönt ein populistischer Diskurs, der auf Spaltung statt Integration setzt, eine notwendige, ernsthafte Debatte über die Grundfragen des Zusammenlebens in der EU. Vertrauen zu entwickeln und zu festigen ist unter diesen Umständen besonders schwer, aber auch nötiger denn je.

Am 23. Juni 2016 stimmten 51,9 Prozent der britischen Wähler für einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union. Als „Revolte gegen die Eliten“ bezeichnete die Financial Times das Votum in einem Land, das „genug von Experten“² habe. Trotz vieler Warnzeichen im vorangegangenen Wahlkampf traf das Ergebnis die meisten Europapolitiker unvorbereitet. Der Schock erinnerte auch an die Reaktion nach den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden 2005, in denen sich die Bevölkerung gegen einen EU-Vertrag entschieden und damit für ganz ähnliche Schlagzeilen gesorgt hatte. Es ist also keineswegs neu, dass sich bei europapolitischen Fragen eine Distanz zwischen Bürgern und Politik auftut – im Gegenteil besteht diese Distanz seit den Anfängen der oft als „Elitenprojekt“ beschriebenen EU; sie zu verringern stand aber erst mit den Aushandlungen des Vertrags von Lissabon auf deren Agenda.

Dass dies nicht gelang, zeigt nicht nur das Ergebnis des Brexit-Votums. In vielen Ländern Europas gewinnen Bewegungen, die sich nicht nur gegen die EU, sondern gegen das gesamte politische Establishment richten, seit mehreren Jahren an Stärke, sodass man durchaus von einer flächendeckenden Entwicklung sprechen kann. Politiker wie Nigel Farage, Marine Le Pen, Geert Wilders oder Norbert Hofer orientieren ihre Politik am Dagegen-Sein: Gegen die Parteien, gegen das „System“. Auch in Deutschland, wo euroskeptische Bewegungen lange keine Erfolge verzeichnen konnten, ist mit der AfD eine nicht nur euroskeptische, sondern mittlerweile offen rechtspopulistische Partei entstanden, die mit Misstrauen, Enttäuschung und Ängsten arbeitet, um Wähler für sich zu gewinnen. Auf der anderen Seite ziehen sich viele

Menschen aus dem politischen Leben zurück oder lehnen eine Teilhabe daran ab, sei es durch Wahlen oder durch parteipolitisches Engagement. Diese beiden Entwicklungen stehen in einer wechselseitigen Beziehung mit dem Krisenzustand, in dem sich die EU seit Beginn der Eurokrise 2010 befindet. Zu der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise kamen eine Destabilisierung der östlichen wie südlichen Nachbarschaft und die Krise im Umgang mit der steigenden Anzahl nach Europa fliehender Menschen. In dieser Situation, in der der innere Zusammenhalt der EU ohnehin geschwächt ist, wirkt der fortschreitende Vertrauensentzug besonders lähmend und droht, der Europäischen Union langfristig die nötige Legitimität zu entziehen.

Dabei ist eine kritische Grundeinstellung gegenüber gesellschaftlichen Eliten natürlich nicht zwingend ein schlechtes Zeichen: Kritik und Kontrolle durch die Bürger sind essentiell in einer Demokratie; neue Parteien und Bürgerbewegungen können das politische Geschehen positiv beleben. Doch wieviel Misstrauen ertragen die EU und ihre Mitgliedstaaten, bevor ihnen ein zu hohes Maß an Polarisierung schadet?

Vertrauen ist ungleich verteilt

Die Feststellung eines Vertrauensverlusts – oft verbunden mit den Schlagwörtern der Politikverdrossenheit und des Demokratiedefizits – vonseiten der Wissenschaft, Medien und auch der Politik ist beinahe zum Allgemeinplatz geworden; zahlreiche Studien behandeln ihn in unterschiedlichen Graden an Ausdifferenzierung.³ Der Entzug von Vertrauen betrifft nationale Politik ebenso wie europäische Politik. Vor allem in Ländern wie Deutschland, die historisch und politisch besonders eng mit der EU verflochten sind, ist dabei kaum ein Unterschied zwischen nationalstaatlicher und europapolitischer Ebene festzustellen.⁴

Bezogen auf Deutschland lässt sich erkennen, dass Vertrauen in zweierlei Hinsicht ungleich verteilt ist. Erstens in Hinblick auf den Adressaten von Vertrauen innerhalb des politischen Systems: Während Parteien am untersten Ende der Vertrauensskala liegen (im Jahr 2015 bei 19 Prozent; 2011 und 2013 gar bei 17 beziehungsweise 16 Prozent), genießen Polizei, Justiz und Verwaltung hohes Vertrauen (80, 64 bzw. 60 Prozent für 2015).⁵ Diese Differenz besteht schon lange und unterliegt kaum Veränderungen. Relativ neu hingegen ist der auch öffentlich stark diskutierte Vertrauensverlust in die Medien. Nur knapp ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass die Medienberichterstattung in Deutschland unabhängig vom Einfluss der Regierung ist.⁶ Der Anteil derer, die

angaben, den Nachrichten größtenteils zu vertrauen, sank zwischen den Erhebungen 2015 und 2016 um 8 Prozent auf 52 Prozent.⁷ Neben dem von der Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida häufig genutzten Schlagwort der „Lügenpresse“ zeugt auch der Erfolg von Medien, die sich als Alternative zu den vermeintlich gelenkten „Systemmedien“ inszenieren, von dieser Entwicklung.⁸

Die zweite Spaltung in der Verteilung von Vertrauen betrifft den Bürger als Subjekt, das Vertrauen empfindet: Hier lässt sich klar feststellen, dass Vertrauen mit der sozioökonomischen Stellung der Bürger steigt. Bei Befragten mit Hochschulbildung und Zugehörigkeit zu höheren Einkommensgruppen betrug dieser Unterschied im Vergleich zur restlichen Bevölkerung bei der Frage nach Vertrauen in die Regierung ganze 10 Prozent; 2016 immerhin noch 6 Prozent.⁹

Krise des Vertrauens

Weshalb äußert sich das schwache Vertrauen in Politik gerade jetzt so stark, handelt es sich bei Politikverdrossenheit doch eben nicht um ein neues Phänomen? Der direkte Einfluss der politischen Entwicklungen der letzten Jahre auf das geringe Vertrauen in Politik lässt sich klar belegen. Besonders signifikant war die Erfahrung der Eurokrise: In fast allen EU-Ländern hat das Vertrauen in nationale Parlamente und Regierungen, aber auch in die EU, abgenommen. Kaum überraschend ist dabei, dass diese Entwicklung in Ländern wie Griechenland, die stark von der Krise getroffen wurden, besonders deutlich ist.¹⁰

Auch die Reaktionen auf die steigenden Flüchtlingszahlen führten bei vielen Europäern zu Verunsicherung. Ankunftsländer wie Griechenland und Italien sehen sich von der EU alleingelassen, während in Deutschland die Aufnahme vieler Flüchtlinge polarisiert und ein Teil der Bürger der Regierung Verantwortungslosigkeit vorwirft, zugleich aber auch der EU keine Lösung zutraut.

Zwischen Mai 2015 und Mai 2016 ging in Deutschland der Anteil derer, die ein positives Bild von der EU haben, von 45 auf 29 Prozent zurück.¹¹ Bezogen auf alle Mitgliedstaaten hat die EU in den vergangenen zehn Jahren einen kontinuierlichen Rückgang dieser Zahl erfahren: Nur noch rund 34 Prozent geben an, ein überwiegend positives Bild von der EU zu haben. Noch niedriger war dieser Anteil zuletzt nur 2012, auf dem Höhepunkt der Griechenland-Krise.

Einen Hinweis darauf, dass auch das allgemeine Vertrauen in die Demokratie leidet, geben Zahlen wie diese: Rund 75 Prozent der Befragten einer Studie von 2014 stimmten der Aussage zu, dass in Deutschland nicht die Politik, sondern die Wirtschaft

entscheide. Nicht zuletzt belegt auch der Erfolg diverser (rechts- wie links-)populistischer Bewegungen, die sich bewusst gegen „das System“ und die „etablierten Parteien“ oder „Mainstream-Medien“ richten, eine solche Entwicklung. Die Anti-Establishment-Orientierung, der Verweis auf „den Volkswillen“ und das Versprechen einer Befreiung aus der Bevormundung von Oben finden sich vom französischen Front National (FN) zur österreichischen FPÖ bis hin zur AfD in sämtlichen aktuellen populistischen Strömungen Europas.¹² Dabei machen diese Bewegungen zumindest in westeuropäischen Gesellschaften keinen Unterschied zwischen nationalen Politikern und EU-Politikern.

Welche Auswirkungen hat das sinkende Vertrauen kurz- und langfristig auf Europa?

Derzeit lassen sich zwei entgegengesetzte Trends erkennen: Erstens, ein weiterer Rückzug aus dem politischen Leben, der alle fünf Jahre bei den Wahlen zum Europäischen Parlament anhand der wachsenden Zahl von Nichtwählern sichtbar wird. Mit einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent bei der letzten Europawahl im Jahr 2014 fällt es der EU schwer, sich auf eine demokratische Legitimation zu berufen, die direkt von den Bürgern erteilt wird.

Zweitens entstehen neue Formen der Mobilisierung in Protestbewegungen, die demokratische Prozesse wiederbeleben und stärken können. Im Falle der spanischen Bewegung der Indignados ist es gelungen, den Protest in eine Partei, Podemos, zu kanalisieren, die über Wahlerfolge Eingang ins politische System fand.¹³ Derzeit sind es aber vor allem populistische und anti-europäische Bewegungen und Parteien, die flächendeckend erstarken und somit das Fundament der EU am stärksten in Frage stellen oder gar umfassend ablehnen. Schon jetzt prägen sie durch Agenda-Setting die Positionen und Entscheidungen der etablierten Parteien maßgeblich. Gerade in Hinblick auf eine europäische Flüchtlingspolitik hat zum Beispiel der FN nicht unwesentlich zur sehr zögerlichen Haltung des französischen Präsidenten bei der Aufnahme von Flüchtlingen beigetragen. In Deutschland wiederum hat nicht nur die Position anderer EU-Mitgliedstaaten die Wende in der Flüchtlingspolitik gebracht, sondern auch die innenpolitische Auseinandersetzung mit der erstarkenden AfD. Über nationale Wahlerfolge und schließlich auch einen größeren Anteil an Sitzen im EU-Parlament ist absehbar, dass dieser Aufstieg die Handlungsfähigkeit der EU noch weiter einschränken wird.

Partizipation und Identifikation: Zwei Pfeiler der repräsentativen Demokratie bröckeln

Was den spezifischen Verlust von Vertrauen angeht, so sind die Ursachen relativ klar zu benennen. Häufig sind es bestimmte politische Entscheidungen, die die Bürger ablehnen, beispielsweise die Austeritätspolitik in der Eurokrise oder das Freihandelsabkommen TTIP. Vertrauen wird hier eher als Unterstützung oder Ablehnung für eine bestimmte Politik gedeutet; Schwankungen sind somit zu erwarten und geben erst langfristig Aufschluss über einen möglichen Wertewandel. Schwieriger zu bestimmen sind die Ursachen für den diffusen Vertrauensverlust, da er aus einer Vielzahl subjektiver Wahrnehmungen resultiert. Viele dieser Empfindungen lassen sich zwei zentralen Elementen demokratischer Gesellschaften zuordnen, die sich gegenseitig bedingen: Partizipation und Identifikation. Wie nimmt der Einzelne seinen Einfluss auf politische Entscheidungen wahr? Und wie sehr identifiziert er sich mit jenen, die seine Interessen als Entscheidungsträger vertreten sollen?

Über Brückeninstitutionen stellt die repräsentative Demokratie sicher, dass der Einzelne an politischen Prozessen mitwirkt. Dies sind zum einen Wahlen, zum anderen vor allem Parteien als Orte der Meinungsbildung und der Auswahl politischer Personals. Immer weniger Menschen nehmen beide Möglichkeiten aktiv wahr. Dies kann als Konsequenz des sinkenden Vertrauens gewertet werden, doch zugleich ist diese Entwicklung auch wieder Ursache einer dadurch fehlenden Identifikation mit den Regierenden.

In Deutschland hat sich der Anteil an Nichtwählern bei den Bundestagswahlen zwischen 1972 und 2013 von 8,9 auf 28,5 Prozent erhöht; bei den Europawahlen zwischen 1979 und 2014 von 34,4 auf 51,9 Prozent.¹⁴

Diese Entwicklung verläuft in anderen europäischen Ländern wie Frankreich ähnlich und war jüngst auch bei dem Referendum im Vereinigten Königreich Gegenstand einer Debatte über die demokratische Legitimität gewählter Institutionen oder per Referendum getroffener Entscheidungen. Die meistgenannten Gründe für eine Wahlenthaltung sind die Eindrücke, die eigene Stimme würde ohnehin nichts bewegen, die Politik hätte ohnehin kein Ohr mehr für die „kleinen Leute“ und die Parteien wären kaum unterscheidbar.¹⁵ Letzteres spiegelt sich auch in der Mitgliederentwicklung der beiden Volksparteien CDU und SPD wider, die beide in den letzten zwanzig Jahren rund 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben. Große Koalitionen, wie jüngst von 2005 bis 2009 und seit 2013, offenbaren hiermit auch die Kosten, die sie

neben den Vorteilen einer hohen Kompromiss- und damit Entscheidungsfähigkeit mit sich bringen. Durch die Reduzierung der verschiedenen Positionen des politischen Spektrums entsteht eine große Mitte, innerhalb derer die Parteien für viele Wähler nur noch schwer unterscheidbar sind.

Die Frage der individuellen Einflussmöglichkeiten durch politisches Engagement hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, welchen Einfluss man der Politik als solcher überhaupt zugesteht. Dass dieser nicht sehr hoch eingeschätzt wird, belegt die genannte Umfrage, die der Politik im Vergleich zur Wirtschaft nur geringen Handlungsspielraum einräumt. Darin liegt ein Dilemma der modernen Gesellschaft, in der Vernetzung allgegenwärtig ist: Die Angst vor einem Kontrollverlust durch die Globalisierung wird begleitet von hohen Erwartungen an die Politik, komplexe internationale Zusammenhänge durch rein nationale Entscheidungen regulieren zu können.

Auch Ungleichheit in einer Gesellschaft wirkt sich sowohl auf die Teilhabe am politischen Leben als auch auf die Identifikation mit Politikern aus. Je größer die soziale Ungleichheit in einem Land ist, desto geringer sind nicht nur Demokratiezufriedenheit und Vertrauen, sondern auch politisches Engagement, von Wahlen bis hin zum Parteienengagement.¹⁶ Sich aktiv politisch zu beteiligen erfordert materielle und immaterielle Ressourcen wie Bildung, Zeit und Geld, die in der Gesellschaft ungleich verteilt sind.

Einige der westlichen Demokratien, die heute unter einer besonders deutlichen Spaltung in Politik und Gesellschaft leiden, weisen auch den höchsten Grad an Ungleichheit auf. Dies ist in besonderem Maß für die USA gültig; innerhalb Europas ist das Vereinigte Königreich das Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich besonders groß ist.

Doch auch in Deutschland spielt Ungleichheit trotz sozialer Marktwirtschaft und guter Wirtschaftsleistung eine wachsende Rolle: In keinem anderen Land der Eurozone sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland; die Einkommensungleichheit ist seit der Jahrtausendwende besonders schnell angestiegen.¹⁷ Von der guten wirtschaftlichen Lage profitieren also längst nicht alle – wenig verwundert es dann, wenn bei immer mehr Menschen das persönliche Empfinden und die Aussagen und Handlungen der Politik nicht mehr miteinander in Einklang gebracht werden können: Eigene Zukunftsängste angesichts einer wahrgenommenen Präkariisierung der Lebensumstände stehen hier im Widerspruch zu der von der Politik proklamierten wirtschaftlichen Stärke in Zeiten der „schwarzen Null“. Diese Divergenz nährt schließlich Vermutungen, die Politik bediene nur

die Interessen der Wirtschaft und einer bestimmten Oberschicht, einer Elite. Aufsehenerregende Wechsel ehemaliger Spitzenpolitiker in die Privatwirtschaft, wie kürzlich im Falle des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zur Investmentbank Goldman Sachs, sind dem Vertrauen in die Unabhängigkeit der Politik noch weiter abträglich.

Ein Mindestmaß an Identifikation mit den gewählten Politikern ist Voraussetzung dafür, sich im politischen System repräsentiert zu sehen und zeugt von einer gewissen Durchlässigkeit der politischen Elite. Fehlt diese Identifikation, entsteht eine Entfremdung zwischen Bürgern und Politik, wie man sie in besonderer Weise in Ostdeutschland beobachten kann. Dort ist die Wahlbeteiligung signifikant niedriger als in den westdeutschen Bundesländern; die AfD erfährt quasi aus dem Stand besonders hohe Zustimmung in Umfragen oder Landtagswahlen; die Bewegung Pegida konnte in Dresden fest Fuß fassen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer davon ist das Gefühl, noch immer nicht Teil derjenigen zu sein, die das öffentliche Leben bestimmen; sei es in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz oder Medien. Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung stammen rund 80 Prozent der Führungskräfte in Ostdeutschland selbst nicht aus dem Osten. Von den 60 Staatssekretären der Bundesregierung stammen gerade drei aus den ostdeutschen Bundesländern.¹⁸ Eine Einteilung der Welt in „wir“ und „die“ fällt unter diesen Umständen besonders leicht.

Einer Identifikation bedarf es auch bei der Akzeptanz politischer Entscheidungen. Gerade die europäische Politik leidet immer wieder unter dem Fehlen der demokratischen Ownership, einer durch die Bevölkerung mitgetragenen Identifikation mit den politischen Entscheidungen in Mitgliedstaaten – beispielsweise, wenn Maßnahmen einer strengen Sparpolitik der eigenen bisherigen politischen Kultur fremd sind und damit als von oben aufgezungen wahrgenommen werden.

Und wie weiter?

Schon seit Jahrzehnten sind die Probleme des Demokratiedefizits und der Entfremdung zwischen Bürgern und Politik Teil der Debatte über die europäische Integration. Weder die Einführung des Euro noch Maßnahmen zur Stärkung des EU-Parlaments oder die Einführung von europäischen Spitzenkandidaten bei der Wahl zeigen jedoch wirkliche Erfolge. Die Schwierigkeit, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen, liegt gerade bei einem diffusen Vertrauensverlust darin, subjektive Wahrnehmungsmuster zu durchbrechen. Dies erfordert Geduld und einen anhaltenden, offenen Diskurs – ein Diskurs,

in dem nicht nur EU-Kritiker den Ton angeben, sondern in dem auch die Befürworter der Europäischen Union wieder hör- und sichtbar werden.

Gerade die lange Phase der Aushandlung des Austritts des Vereinigten Königreichs, die nun bevorsteht, bietet eine Gelegenheit, um zentrale Fragen der EU offen zu diskutieren: Braucht Europa mehr direkte Demokratie und wie könnte diese aussehen, ohne zu riskieren, dass aus Volksabstimmungen polarisierende Desinformationskampagnen wie bei der Brexit-Abstimmung werden? Wie kann das wirtschaftliche Gefälle verringert werden, das die Krise der letzten Jahre nicht nur zwischen den EU-Staaten, sondern auch innerhalb der einzelnen nationalstaatlichen Gesellschaften offengelegt hat? In welchem Verhältnis stehen eine nationale Politik und

eine globalisierte Wirtschaft? Langfristige Maßnahmen, um Vertrauen in die Politik sowie in die EU wieder zu stärken, gehen tief und müssen zum Ziel haben, das Auseinanderdriften verschiedener Gesellschaftsgruppen zu verringern. Dabei müssen ganz grundlegende Fragen des Zusammenlebens berührt werden. So müßig diese Aushandlungsprozesse sein mögen, so klar ist, dass ein Zustand, in dem Misstrauen zu einem anhaltenden und verbreiten Grundgefühl einer Gesellschaft wird, nicht lange haltbar ist – weder für die nationale Politik, aber noch weniger für die EU.

Julie Hamann ist Mitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

- Vgl. Financial Times, Brexit: Identity trumps economics in revolt against elites, 24.6.2016, <<http://www.ft.com/cms/s/0/b6da366a-39ca-11e6-a780-b48ed7b6126f.html>> (abgerufen am 29.7.2016).
- Dieses Zitat des ehemaligen Justizministers Michael Gove aus einem Interview mit dem Fernsehsender Sky News vom 3.6.2016 erlangte im Wahlkampf und nach der Abstimmung große Bekanntheit.
- Siehe u.a. Edelman, Edelman Trust Barometer 2016, <<http://www.edelman.de/de/studien/articles/trust-barometer-2016>>; Der Spiegel, Umfrage: Bürger fühlen sich von Politikern unverstanden, 26.4.2015, <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-deutsche-fuehlen-sich-von-politik-unverstanden-a-1030481.html>>; Andreas Zick, Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2014, <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaeende.pdf> (abgerufen am 29.7.2016).
- Dies ist in vielen osteuropäischen Staaten anders: Das Misstrauen der Bevölkerung erstreckt sich dort ganz besonders auf die nationalen Politiker, während der EU und Europapolitikern eher vertraut wird.
- Vgl. GfK-Verein, Vgl. Global Trust Report 2015, <http://www.gfk-verein.org/sites/default/files/medien/359/dokumente/pm_global_trust_2015_final_dt.pdf> (abgerufen am 29.7.2016).
- Vgl. Sascha Höllig, Uwe Hasebrink, Reuters Institute Digital News Survey 2016 – Ergebnisse für Deutschland, Juni 2016, <http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/1135> (abgerufen am 29.7.2016).
- Vgl. ebd., S. 23f..
- So erfuhr die rechtskonservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zwischen 2013 und 2015 eine Auflagensteigerung von 25 Prozent; andere dem Rechtspopulismus zugeordnete Medien sind u.a. das Compact Magazin oder das Angebot des Kopp-Verlags.
- Vgl. Edelman a.a.O. (Anm. 3).
- Vgl. Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber, Politisches Vertrauen in der Krise?, in: Edith Hammer et al., Vertrauen: Standpunkte zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Handeln, Münster, 2013, S. 141-152.
- Vgl. Europäische Kommission, Eurobarometer 85, <<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2130>> (abgerufen am 29.7.2016).
- Zu Populismus und Extremismus siehe u.a. Cas Mudde, Cristobal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective to Democracy?, Cambridge, 2012; Frank Decker et al. (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden, 2015.
- Die Partei Podemos entstand Anfang 2014 aus der als „Movimiento 15-M“ oder „Indignados“ (die Empörten) bezeichneten Protestbewegung in Spanien, die den staatlichen Umgang mit der hohen Arbeitslosigkeit im Zuge der Finanzkrise, Korruption und das spanische Parteiensystem anprangerte. Unter der Führung von Pablo Iglesias Turrión wurde Podemos bei den spanischen Parlamentswahlen in Juni 2016 mit knapp 21 % drittstärkste Partei.
- Vgl. Bundeswahlleiter, Wahlbeteiligung, <<https://www.bundeswahlleiter.de/de/glossar/texte/Wahlbeteiligung.html>> (abgerufen am 28.9.2016).
- Vgl. Manfred Güllner, Nichtwähler in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013, S. 73, <<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf>> (abgerufen am 29.7.2016).
- Vgl. Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4/2010, S. 131-156, <http://www.mpifg.de/pu/mpifg_ja/ZVPW_4_2010_Schaefer.pdf> (abgerufen am 29.7.2016).
- Vgl. Marcel Fratzscher, Wohlstand für Wenige, faz.net, 19.3.2016, <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/fratzscher-mehrsteuern-sind-nicht-die-loesung-gegen-ungleichheit-14121273.html>> (abgerufen am 29.7.2016).
- Vgl. MDR, Studie MDR/Uni Leipzig: Wer beherrscht den Osten?, <<http://www.mdr.de/presse/fernsehen/presseinformation-wer-beherrscht-den-osten-100.html>> (abgerufen am 29.7.2016).

